

**Digitale Schriftenreihe der Carl-Schirren-Gesellschaft
Band 09**

Ernst-Jörg von Studnitz

**Die deutsch-russischen Beziehungen
der Gegenwart in der Zerreißprobe**

Am 10. August 2015 hätte Boris Meissner seinen 100. Geburtstag feiern können. Aus diesem Anlass veranstalteten der Göttinger Arbeitskreis, die Carl-Schirren-Gesellschaft sowie die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen vom 06. bis zum 08. November 2015 in Lüneburg das 27. Baltische Seminar „Boris Meissner, Osteuropa und das Völkerrecht zum 100. Geburtstag von Boris Meissner“.

Neben mehreren Würdigungen Boris Meissners erfolgten Referate, in denen die Sowjetunion und Russland, die baltischen Staaten, Belarus, Polen, die Ukraine sowie Moldawien und Georgien im Mittelpunkt standen.

Der folgende Text ist ein Beitrag zum 27. Baltischen Seminar, das durch die Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht wurde.

© 2021 Carl-Schirren-Gesellschaft e.V.

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherungen und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

Ernst-Jörg von Studnitz

Die deutsch-russischen Beziehungen der Gegenwart in der Zerreißprobe

Bei einer Darstellung der deutsch-russischen Beziehungen in der Gegenwart ist es zweckmäßig, die innere Entwicklung Russlands in der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion als Spiegel zu nehmen. Darin zeigen sich vier deutlich unterscheidbare Phasen, die den bilateralen Beziehungen ihren Stempel aufgedrückt haben.

Die vier Phasen lassen sich wie folgt einteilen:

- die Jelzin-Jahre 1991 bis 2000
- die Jahre der ersten Präsidentschaft Putins 2000 – 2008
- das Intermezzo Medwedew 2008 – 2012
- Putins erneute Präsidentschaft seit 2012

I. Die Jelzin-Jahre 1991 bis 2000

Die deutsch-russischen Beziehungen in den Jelzin-Jahren sahen eine sehr enge persönliche Beziehung zwischen Präsident Boris Jelzin und Bundeskanzler Helmut Kohl. Daraus wurde es möglich, zahlreiche langfristig wirksame Vereinbarungen zu schließen, die das Verhältnis stabilisierten und zu einem bis dahin nicht gekannten Maß von gegenseitigem Vertrauen geführt hatten. Dabei ist festzuhalten, dass es nach 1991 zunächst darum ging, die im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung noch mit der Sowjetunion getroffenen Vereinbarungen in die Tat umzusetzen. Das betraf im Mai 1990 die Bereitstellung eines Kredits über 5 Mrd. DM, dem im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ein weiterer Kredit von 12 Mrd. DM folgte, der vor allem der Rückführung der 300.000 Angehörigen der sogenannten Westgruppe der Sowjetischen Streitkräfte diente. Die 54.000 Offiziere dieser Truppen waren rotierend seit 1945 immer in Deutschland stationiert gewesen und hatten daher keine Unterkunft in Russland, für die nun gesorgt werden musste. Die Wehrpflichtigen konnten hingegen in ihre Heimorte zurückkehren. Für den Wohnungsbau standen schließlich, nach einer weiteren Aufstockung 1992, etwa 8,5 Mrd. DM zur Verfügung für die 45.000 Wohnungen zeitgerecht gebaut wurden. Durch die nochmalige Aufstockung erreichte

Helmut Kohl von Boris Jelzin die Zusage, dass die letzten Truppen bis Ende August 1994 abgezogen sein würden. Das bot Kohl für die bevorstehende Bundestagswahl den Nachweis erfolgreicher Politik mit Russland. Kohl setzte sich auch im Kreise der westlichen Partner nachdrücklich für die finanzielle Stützung Russlands ein, so dass die G7-Staaten 1992 Russland Kredite in der Höhe von 24 Mrd. \$ gewährten. Die finanziellen Probleme Russlands hielten während der gesamten Amtszeit Jelzins an und führten 1998 schließlich zum finanziellen Zusammenbruch. Es gelang den verschiedenen Regierungen Jelzins nicht, den Übergang aus der sowjetischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft zu schaffen. Die Gründe für das Versagen sind vielseitig. Es fehlten die Führungskräfte im Lande, die dafür die Verantwortung übernehmen konnten. Die alten Kräfte der Sowjetzeit hatten größeres Beharrungsvermögen als die Demokraten um Jelzin nach der Niederschlagung des Putsches gegen Gorbatschow im August 1991 erwartet hatten. Man muss aber auch berücksichtigen, dass die Beratung der russischen Regierung bei ihren Wirtschaftsreformen durch die sogenannten "Chicago Boys" um Jeffrey Sachs katastrophale Folgen hatte, weil die angebotenen Lösungswege auf Russland nicht passten. Helmut Kohl fühlte sich seinem Freunde Boris Jelzin verpflichtet, in dieser fatalen Lage zu helfen, die seine Aussichten auf eine Wiederwahl im Jahre 1996 höchst zweifelhaft erscheinen ließen. Kohl organisierte für Jelzins Wahlkampf einen freien Bankenkredit von 1 Mio. DM. Das war zwar nicht ausschlaggebend für den Wahlsieg, der eher von der konzertierten Aktion der Oligarchen zustande gebracht wurde. Aber es war ein wichtiges Zeichen der Freundschaft.

In seiner Bedeutung für die Entwicklung der vertrauensvollen Beziehungen zwischen beiden Ländern kann das 1992 erreichte Abkommen über die Errichtung deutscher Soldatenfriedhöfe in Russland gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In der Ausführung dieses Abkommens wurden in den folgenden Jahren bedeutende Sammelfriedhöfe angelegt. Zu nennen sind als besonders hervorstechende Soldatenfriedhöfe in Rossoschka bei Stalingrad, Sologubowka im Raum St. Petersburg, große Friedhöfe bei Nowgorod, Kursk und Rshew und, im August 2013 fertiggestellt, in Duchowschtschina bei Smolensk, wo einmal bis zu 70.000 Soldaten zusammengebettet werden sollen. Von den etwa 2,2 Millionen

Toten, die auf dem Gebiet der Sowjetunion gefallen sind, werden niemals alle Gefallenen aufgefunden und bestattet werden. Aber es wurden Gedenkstätten für sie errichtet, wo Angehörige, die zahlreich die Friedhöfe aufsuchen, eine letzte Spur ihrer Nächsten finden können. So ist beispielsweise in Rossoschka neben einem großen Rundgrab, das an einen Kessel erinnert, eine weitläufige Anlage geschaffen worden, wo auf großen Quadern die Namen der bei Stalingrad Vermissten aufgeführt sind. Viele dieser Friedhöfe sind von jugendlichen Arbeitsgruppen beider Länder angelegt worden und schufen so ein aktives Beispiel von Versöhnung in der jungen Generation. Die deutschen Soldatenfriedhöfe in Russland berühren einen schmerzlichen Punkt. Deutsche Opfer können anhand der Erkennungsmarken namentlich bezeichnet werden. Die Sowjetsoldaten hatten nur Namensschilder aus Pappe, die längst verwittert sind. Für russische Hinterbliebene ist es schmerzlich, dass sie nur selten ein sichtbares letztes Zeichen haben. An dieser deutsch-russischen Arbeit für die Kriegstoten ist eines wichtig: der Krieg ist nicht vergessen, aber es ist ein Zeichen der Versöhnung geschaffen worden. Dessen Lebendigkeit konnte man bei zahlreichen Friedhofseinweihungen in den Begegnungen der Veteranen beider Länder erleben.

Auch noch in die Jelzin-Zeit fällt der Beginn der rasanten Ausbreitung der deutschen Wirtschaft in Russland. Gewiss, erste Anfänge gehen schon auf die frühen 70er Jahre zurück, als Ruhrgas, Mannesmann und Deutsche Bank sehr zum Missvergnügen der US-Amerikaner, das Röhren-Gas-Abkommen abgeschlossen haben, dessen Wirkungen bis heute andauern. In den 90er Jahren setzte der große Zuzug deutscher Firmen nach Russland ein, von denen heute über 6.000 in Russland vertreten sind. Kein anderes Land ist in solcher Breite in Russland tätig. Die deutschen Firmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nach Russland gegangen sind, um dort zu bleiben und dort ein auf Dauer angelegtes Geschäft zu betreiben. Und es sind in der Mehrheit kleine und mittlere Unternehmen, die die räumliche Nähe zu Deutschland nutzen, aber schon lange dazu übergegangen sind, im Lande zu produzieren und nicht nur dorthin zu verkaufen. Der Übergang vom Handel, mit dem es anfang, zur Produktion erwies sich schon in den 90er Jahren als notwendig, weil Russ-

land angesichts seiner enormen Devisenschwäche Importe gar nicht bezahlen konnte. Die deutsche Wirtschaft begleitete diese Expansion auf dem russischen Markt gezielt, indem der DIHT, wie er damals hieß, eine offizielle Repräsentanz der Deutschen Wirtschaft in Moskau einrichtete, die nun schon seit zehn Jahren zur Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer in Moskau geworden ist. Eine Persönlichkeit, nämlich Otto Wolff von Amerongen, muss hier namentlich erwähnt werden, denn seinem jahrelangen Engagement als Präsident des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft ist es zu verdanken, dass sich die deutsche Wirtschaft so erfolgreich entwickelte und auch zu deutschen Direktinvestitionen bis 1999 in Höhe von 6,5 Mrd. DM führte.

Von Seiten der Politik wurde diese wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig durch die 1998 begründeten bilateralen Regierungskonsultationen unterstützt, deren Arbeit durch eine wirtschaftlichen Themen gewidmete Strategische Arbeitsgruppe vorbereitet und durchgeführt wurde. Die politischen Beziehungen blieben in den späten 90er Jahren nicht frei von erheblichen Störungen. Das war zum einen die konträre Haltung Russlands einerseits, des Westens andererseits zum Eingreifen der NATO im Kosovo-Konflikt. Zum anderen spürte Deutschland als Mitglied der NATO die Verhärtung der russischen Haltung gegenüber dem Westen wegen der 1999 erfolgten Erweiterung der NATO durch den Beitritt der ehemaligen Mitglieder des Warschauer Pakts Polen, Ungarn und Tschechien. Russlands Missstimmung konnte nicht gänzlich durch die 1997 unterzeichnete Grundlegende Akte zwischen NATO und Russland ausgeräumt werden, weil es in den Sicherheitsorganen Russlands weiterhin erhebliche Vorbehalte gegenüber der NATO gab. Der 2002 vollzogene Beitritt weiterer Staaten, vor allem darunter der baltischen Republiken, die von 1940 bis 1991 zur Sowjetunion gehört hatten, verschärfte den russischen Widerstand, weil, wie es hieß, eine rote Linie überschritten worden sei. Russland war aber zu schwach, sich dagegen zu wehren. Der NATO-Russland-Rat, der 2002 entstand, entsprach nicht russischen Vorstellungen nach richtiger Mitwirkung in der NATO und somit wurde der Verdruss über die NATO-Erweiterung nicht überwunden. Es ist ein großer Fehler, dass der NATO-Russland-Rat infolge der Ukrainekrise seit 2014 lahmgelegt ist.

Eine ungeklärte Frage blieb im deutsch-russischen Verhältnis in den Jelzin-Jahren, und auch noch bis heute, offen, nämlich die Frage der Rückführung deutscher im Zusammenhang mit dem Kriege nach Russland verbrachter Kulturgüter. Zwar ist im deutsch-russischen Nachbarschaftsvertrag von 1990 und auch im Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation von 1992 vereinbart, dass verschollene oder unrechtmäßig verbrachte Kulturgüter an den ursprünglichen Besitzer zurückgegeben werden sollen. Die russische Seite verweigerte aber die Rückgabe mit dem Argument, die Beschlagnahmen der Sowjetarmee im Jahre 1945 seien rechtmäßig gewesen, so dass Russland Eigentümer dieser Kulturgüter sei. Die deutsche Berufung auf die völkerrechtliche Unzulässigkeit solcher Aneignungen wird nicht anerkannt. Mit der Ausnahme ganz weniger Rückführungen ist die Lösung dieser Streitfrage immer noch blockiert. Anzumerken ist, dass die Sowjetunion größere Bestände aus den 1945 fortgeführten Kunstschatzen nach 1955 an die DDR zurückgegeben hat, ohne sich auf erfolgte Aneignung zu berufen. Dieses Argument wird erst seit 1993 vorgebracht. Dahinter steht die Frustration wegen des Untergangs der Sowjetunion. Es soll nicht auch noch die letzte Trophäe des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg verloren gehen.

Eine Trübung erfuhr das deutsch-russische Verhältnis in der öffentlichen Wahrnehmung durch die Grausamkeit des Tschetschenienkrieges.

II. Die Jahre der ersten Präsidentschaft Putins 2000 – 2008

Die ersten Putin-Jahre von 2000 – 2008 sind anfänglich geprägt durch die enge Freundschaft des Präsidenten mit Bundeskanzler Gerhard Schröder. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung Russlands dank ständig steigender Rohölpreise wurde der deutsch-russische Handelsaustausch ausgeglichener. Erzielte Russland 1999 für ein Barrel Öl knapp 20 \$, so stieg dieser Preis bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 auf beinahe 150 \$. Dadurch war Russland aller Devisenschwierigkeiten, die es so sehr in den Jelzin-Jahren geplagt hatte, ledig. Russland konnte nicht nur in kürzester Zeit alle Auslandsschulden zurückzahlen, sondern auch

bedeutende Devisenreserven aufbauen. Von der finanziellen Leistungsfähigkeit Russlands profitierte besonders der deutsche Maschinenbau, denn Russland hatte einen enormen Nachholbedarf an Industrieinvestitionen. Dass Deutschland davon mehr als andere profitierte, lag zum einen an der in Russland immer geschätzten deutschen Qualität, deren Erfahrungen schon auf die zwanziger Jahre zurückgingen, zum anderen hatten deutsche Unternehmen den Vorteil der im Vergleich zu anderen Importeuren kurzen Anreisewege. Aber es wirkte sich auch positiv zu ihren Gunsten aus, dass sie anders als andere Konkurrenten beim wirtschaftlichen Kollaps des Jahres 1998 das Land nicht verlassen hatten. Beim Wiederaufschwung waren sie als erste zur Stelle. Im Ergebnis wuchs der bilaterale Handel in bis dahin ungekannte Höhen und erreichte bis 2008 ein Volumen von 80 Mrd. Euro, bei akkumuliert etwa 20 Mrd. Euro deutschen Direktinvestitionen. Die freundschaftlichen Beziehungen Schröders zu Putin haben nach dem Ausscheiden Schröders als Kanzler den deutsch-russischen Beziehungen durch sein Wirken für die politische Akzeptanz der Ostseepipeline, die dann 2011 eröffnet wurde, noch späteren Nutzen gebracht.

Im politischen Bereich rückten die beiden Länder durch das enge Einvernehmen ihrer höchsten Führungspersonlichkeiten enger zusammen. Das fand besonders seinen Ausdruck in der unzweideutigen Ablehnung des von den Vereinigten Staaten von Amerika ausgelösten Irakkrieges, als sich Russland, Deutschland und Frankreich plötzlich gegen die USA vereint sahen. Das fand unzweifelhaft großen Beifall in Russland, das schon immer eine Politik verfolgte, mit der es Deutschland von den USA weg zu sich hinziehen will. Die Reaktion auf den Irakkrieg blieb letztlich eine Einzellerscheinung, aber eine die dem russischen Denken wohl gefiel.

Putin und Schröder impulsierten das deutsch-russische Verhältnis nachhaltig durch die Schaffung des Petersburger Dialogs, der die Zivilgesellschaften beider Länder näher zusammenbringen sollte. Der Dialog erreichte viel, war aber von Anbeginn starker Kritik ausgesetzt. Diese bezog sich darauf, dass auf der russischen Seite wenig von Zivilgesellschaft zu sehen war, weil Putin von Anbeginn die Auswahl der russischen Teilnehmer steuerte, die im Wesentlichen amtliche Vertreter und nicht

Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen waren. Viele der deutschen Teilnehmer, vor allem die Medien verstanden nicht, dass auf russischer Seite weitgehend die institutionellen und intellektuellen Voraussetzungen fehlten, um einen Dialog zu entwickeln, der auch nur entfernt den deutsch-britischen Königswinterer Gesprächen entsprechen konnte. Ungeachtet dieser Kritik, die immer wieder menschenrechtliche Defizite in Russland in den Fokus rückte, sei es der Tschetschenienkrieg, sei es die Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja, brachte der Petersburger Dialog einige das deutsch-russische Verhältnis positiv verändernde Ergebnisse. Dazu gehörte 2004 die Gründung der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch. Im Blick auf die großen Erfolge des Deutsch-Französischen Jugendwerks, aber auch des viel kleineren und dennoch eindrucksvollen Deutsch-Polnischen Jugendwerks, gab es seit langem Bestrebungen, Vergleichbares im deutsch-russischen Verhältnis zu schaffen. Politische und administrative Bedenken hatten das immer verhindert. Als aber der Petersburger Dialog einen solchen Vorschlag als Arbeitsergebnis dem Präsidenten und dem Bundeskanzler vortrug, setzten beide sich spontan für dessen Verwirklichung ein. Seit 2006 hat die Stiftung für Jugendliche, Lehr- und Fachkräfte mehr als 100.000 Begegnungsmaßnahmen mit Russen organisiert. Sie dauern jeweils sieben bis zehn Tage. Andere herausragende Leistungen des Petersburger Dialogs gehen auf die Arbeit der Arbeitsgruppe Kultur zurück, die es schaffte, die in Russland zurückgehaltenen deutschen Kulturgüter in einer Reihe von Ausstellungen jedenfalls der Öffentlichkeit in Russland mit ihrer ursprünglichen Herkunftsangabe zu zeigen und damit der Vergessenheit zu entziehen. Zu den Brücken, die in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts gebaut wurden, gehört auch das Wirken des Deutsch-Russischen Forums, das sich zum Ziel setzte, Deutsche und Russen zusammenzubringen. Seine Aktivitäten umfassen Städtepartnerkonferenzen alle zwei Jahre, zweimal jährlich stattfindende Seminare für jugendliche Führungskräfte, die sich in einem Ehemaligenverein zusammengeschlossen haben und ein einzigartiges Netzwerk deutsch-russischer Zusammenarbeit bieten. Deutschlandseminare und Praktika für russische Journalisten, Sprachwettbewerbe für jährlich etwa 5000 Schüler, und auch jährliche Potsdamer Begegnungen, ein Diskussionsforum

auf hohem intellektuellem Niveau, das sich russischerseits großen Zuspruchs erfreut, sind weitere Kernvorhaben des Deutsch-Russischen Forums.

Ungeachtet des engen persönlichen Verhältnisses von Präsident und Kanzler, blieben die deutsch-russischen Beziehungen nicht frei von Eintrübungen. Das folgte nicht durch die Ablösung Schröders durch Angela Merkel 2005, obwohl das Verhältnis der beiden nicht von der Enge gekennzeichnet war, wie sie zu Schröder bestand. Aber das wäre auch nicht zu erwarten gewesen. In der deutschen Öffentlichkeit erhob sich zunehmende Kritik an der Menschenrechtslage in Russland. Das betraf die brutale Kriegführung in Tschetschenien, das entzündete sich 2006 an der Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja, ein Verbrechen, das nie wirklich aufgeklärt wurde. Heftig kritisiert wurde auch die Art und Weise der Führung des Strafverfahrens gegen den ehemaligen Oligarchen Michail Chodorkowski. Die hohe Politik wurde ständig von Menschenrechtsvertretern gedrängt, dieser Vorfälle wegen eine harte Sprache mit Putin zu führen. Zu den atmosphärischen Störungen in den Beziehungen gehört auch die erste Gaskrise in den Beziehungen Russlands zur Ukraine, die im Jahre 2005 begann. Die Annahme liegt nahe, dass dies eine Folge der ersten Maidan-Revolution des Jahres 2004 in Kiew war. Moskau ließ von Anbeginn großes Missfallen über die Orangene Revolution erkennen, die die gefälschte Wahl des Nachfolgers von Präsident Kutschma annullierte. In der Folgezeit standen der Ukraine die sehr günstigen Lieferbedingungen für Erdgas nicht mehr zur Verfügung, was schließlich zur Einstellung der Lieferungen ab Januar 2006 führte. Die harte Haltung Russlands, die die Südosteuropäer frieren ließ, kühlten auch die Temperaturen in Deutschland gegenüber Russland merklich ab.

III. Das Intermezzo Medwedew 2008 – 2012

Mit der Wahl von Medwedew zum Nachfolger Putins im Jahre 2008 verbesserten sich die persönlichen Beziehungen zwischen der Kanzlerin und dem neuen Präsidenten spürbar. Man merkte deutlich, dass da mehr Sympathie herrschte. Es war ein Zeichen bevorzugter Partnerschaft, dass Medwedews erster Besuch in Europa Berlin galt, wo er einen Plan für

eine neue Sicherheitspartnerschaft in Europa vorstellte. Dieses Vorhaben trug keine Früchte. Von russischer Seite wurde es niemals konkretisiert, und westlicherseits wurde der Gehalt dieses Planes nicht ausgelotet. Deutschland wollte diesbezüglich keinen Alleingang unternehmen, was es in Konflikt mit seinen NATO-Verbündeten gebracht hätte. Und die US-Amerikaner waren offensichtlich an einem Projekt nicht interessiert, das ihre allein bestimmende Rolle im Bündnis relativiert hätte. So ist aus dem versuchten Ansatz, zu einer neuausgerichteten Sicherheitsarchitektur in Europa zu kommen, nichts geworden. Von Medwedew erwartete man einen Schritt voran bei den dringend erwarteten demokratischen Reformen im Lande, zu denen er sich auch ausdrücklich bekannte. Als Reaktion darauf wurde deutscherseits mit Engagement ein Projekt der Modernisierungspartnerschaft betrieben, zu der bei den Russen viel verbale Bereitschaft bestand. Sehr viel ist daraus nicht geworden. Beispielhaft für das Ausbleiben wirklicher Reformen ist das mit viel Emphase angekündigte Skolkowo-Projekt, das ein russisches Silicon Valley werden sollte. Dafür wurde viel Geld bereitgestellt, ohne dass dies an der richtigen Stelle angekommen wäre. Heute spricht kaum jemand mehr von Skolkowo.

Dmitri Medwedews Präsidentschaft wurde von zwei Ereignissen überschattet. Das war zum einen der kurze Georgienkrieg des Sommers 2008, der ohne Zweifel vom georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili vom Zaun gebrochen wurde und der dann den Russen – Putin nahm das Heft in die Hand – eine willkommene Provokation bot, um heftig zurückzuschlagen. Durch die Art, wie er über das Ziel hinausschoss, indem er fast die ganze georgische Armee zerschlug und sich Süd-Ossetien wie auch Abchasien aneignete, wurde das Klima auch zwischen Deutschland und Russland merklich kühler. Die andere Belastung der Präsidentschaft Medwedews, die jedoch das bilaterale Verhältnis nicht trübte, war die Auswirkung der Weltfinanzkrise nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank in New York. Die Auswirkungen trafen auch Russland schwer und zehrten weitgehend den angesammelten Devisenvorrat auf. Der bilaterale Handel konnte dennoch weiter wachsen. Der brach erst nach der Ukrainekrise des Jahres 2014 ein.

In der deutschen Perzeption endete die Präsidentschaft Medwedews mit einem Missklang, als er im September 2011 auf eine Wiederwahl verzichtete und Putin den Platz zur Wiederwahl freimachte. Die dadurch und durch die Manipulationen bei der Duma-Wahl ausgelösten Moskauer Demonstrationen fanden in Deutschland ein beifälliges Echo und steigerten sich bei der Unterdrückung der Proteste kurz vor der Verurteilung von Präsident Putin zu dessen heftiger Ablehnung. Insgesamt war die Präsidentschaft Medwedews mit vielen deutschen Erwartungen verbunden, die sich aber nicht erfüllten.

IV. Putins erneute Präsidentschaft seit 2012

Die Rückkehr Putins in die Präsidentschaft hat den deutschen Beziehungen zu Russland einen deutlichen Zug zur Realpolitik vermittelt. Die deutsche Politik ist überzeugt, dass das Verhältnis zu Russland gepflegt werden muss, weil Sicherheit in Europa nicht ohne Russland erreicht werden kann. Ausdruck für diesen Realismus ist das Erfinden des Normandie-Formats, mit dem die Kanzlerin bescheidene Erfolge erzielt hat, um den Ukrainekrieg vielleicht am Ende einzuhegen. Das Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs in der Normandie, anlässlich der Erinnerungsfeiern zum 70. Jahrestag der alliierten Landung dort, bot ihr die Gelegenheit, Putin mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zusammenzuführen, die bis dahin jeden Kontakt gemieden hatten. Darauf aufbauend gelang es ihr zusammen mit dem französischen Präsidenten François Hollande, und der Rückendeckung von Präsident Barack Obama, deren sie sich kurz zuvor vergewissert hatte, im Februar 2015 in Minsk bei der Herbeiführung eines Waffenstillstandes in der Ostukraine einige Fortschritte zu erzielen, die jedenfalls bisher noch halten, obwohl sie keineswegs stabil sind. Dieses Ergebnis wurde möglich, weil Putin augenscheinlich der Kanzlerin jedenfalls zuhört, wenn er wohl auch nicht auf sie hört. Aber das realpolitische Zusammenwirken hat sich bei den gemeinsamen Verhandlungen mit dem Iran über dessen Atomrüstung bewährt. Und gegenwärtig scheint es kleine Fortschritte in einer möglichen Vermittlung im syrischen Bürgerkrieg zu geben. Jedenfalls hat die Kanzlerin ihre frühere von US-Amerikanern und Franzosen übernommene Losung „Assad muss weg!“ aufgegeben und hält jetzt auch

Gespräche mit Assad für notwendig, womit sie eine russische Position vielleicht nicht übernommen, sich ihr aber angenähert hat.

Diese aus der Vernunft geborene partielle Gemeinsamkeit kann nicht über tiefgreifende Differenzen hinweg deuten. Die Annexion der Krim ist für Deutschland und seine westlichen Partner ein klarer Bruch des Völkerrechts und hat die durch die Schlussakte von Helsinki und die Charta von Paris geschaffene Grundlage für Frieden in Europa zerstört. Die Frage ist bis heute nicht beantwortet, ob und wie diese Grundlage wiederhergestellt werden kann. Die in russischen Augen unwiderrufliche Eingliederung der Krim in die Russische Föderation ist für die westlichen Staaten nicht hinnehmbar. Der einzige Ausweg könnte darin liegen, dass ähnlich wie 1969 nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei der Helsinki-Prozess begonnen wurde, man unter Vorbehalt aller Rechte versucht, eine neue gemeinsame Ordnung für den Frieden in Europa zu schaffen.

Dabei wird auch die Frage zu beantworten sein, ob man eine Aussage wie sie in der Charta von Paris enthalten ist, dass alle Unterzeichnerstaaten bei der Entwicklung der Demokratie zusammenarbeiten, wieder mit Leben erfüllen kann. Dann stellt sich nämlich auch die Frage, wie man auf die Manipulation von Wahlen, die Unterdrückung von Medien und freien Meinungsäußerungen reagieren kann. Das wären Aufgaben für einen neuen Prozess ähnlich dem von Helsinki 1971. Dabei ist nicht zu verkennen, dass die Ausgangslage durchaus verschieden ist. In den 70er Jahren hatte die Sowjetunion ein hohes Interesse daran, den territorialen Status Quo in Europa bestätigt zu erhalten. Heute geht es darum, den demokratischen Veränderungsprozess abzusichern. Es bleibt zurzeit offen, ob man dafür russische Mitarbeit gewinnen kann.

V. Aussichten

Fragt man nach den Aussichten für das deutsch-russische Verhältnis in der Zukunft, so ist davon auszugehen, dass Russland weiter seinen eigenen Weg gehen will. Dmitrij Trenin hat das einmal kurz und bündig so formuliert: „Russia’s way is Russia’s business, and nobody else’s business.“ Heißt das, Russland wendet sich Asien zu und folgt eurasischen Ambitionen? Es will scheinen, das ist eher eine Politik aus Trotz geboren,

als eine realistische Option. Für China kann Russland nur Juniorpartner sein. Es ist schwer vorstellbar, dass Russland das wirklich will. Das heißt nicht, dass Russland nicht versuchen wird, die Vorteile seiner Eurasischen Wirtschaftsunion zu optimieren. Die Europäische Union sollte sich demgegenüber auf alte Erfahrungen besinnen, wo die Europäische Gemeinschaft viel politische Phantasie entwickelte, um variable Lösungen für ihre Beziehungen zu Nichtmitgliedern zu entwickeln. Das sollte sie nun, unter deutschem Antrieb, im Blick auf die Eurasische Wirtschaftsunion unternehmen. Es war ein kapitaler Fehler der EU, die Ukraine vor ein Entweder-Oder in der Assoziationsfrage zu stellen. Es wird das deutsche Interesse sein, Russland in einer ausbalancierten Verbindung zu Europa zu halten. Dabei ist Deutschland an einer starken, geschlossenen EU interessiert, denn je stärker die EU ist, desto sind ausgewogener die Beziehungen Russlands zu Europa. Deutschland wird immer seine Beziehungen mit vielfältiger Rücksichtnahme gestalten müssen. Es muss in fester Allianz mit den USA zu seiner eigenen langfristigen Sicherheit bleiben. Es braucht die Einbettung in die Europäische Union, so schlecht die Zukunft der Union gegenwärtig in der Flüchtlingskrise auch aussehen mag. Und Deutschland wird immer das unruhige Russland so weit an Europa anbinden müssen, um es seiner selbst sicher zu machen und damit dem Frieden in Europa zu dienen.

Abkürzungsverzeichnis

ABL.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFDI	Annuaire français de Droit International
Anm.	Anmerkung
ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGBL	Bundesgesetzblatt
BIOst	Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche Studien
BMI	Bundesministerium des Inneren
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
BRP	Baltische Republikanische Partei
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BWZ	Besondere Wirtschaftszone
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EAWU	Eurasische Wirtschaftsunion
ed.	editor
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EIB	Europäische Investitionsbank
ENP	European Neighbourhood Policy
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EU	Europäische Union
EUG	Europäisches Gericht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
FRTD	Facilitated Rail Transit Document
FTD	Facilitated Transit Document
FWZ	Freie Wirtschaftszone
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

GJoIL	Goettingen Journal of International Law
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Hrsg.	Herausgeber
ICJ	International Court of Justice
IFLA	Informationsdienst für Lastenausgleich
IPbürgR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPwirtR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IWF	Internationaler Währungsfonds
JZ	Juristenzeitung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit
LH	Lufthansa
lit.	littera
LNST	League of Nations Treaty Series
Mio.	Millionen
MOE-Staaten	Mittel- und osteuropäische Staaten
Mrd.	Milliarden
MSSR	Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NILR	Netherlands International Law Review
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDA	Priority Development Area
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PiS	Prawo i Sprawiedliwość, deutsch: Recht und Gerechtigkeit
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit
Res.	Resolution
RGBL	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West
Rs.	Rechtssache

RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
UAbs.	Unterabsatz
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNO	United Nations Organisation
US	United States
USA	United States of America
USD	US-Dollar
UVR	Ukrainische Sowjetrepublik
vgl.	vergleiche
WTO	World Trade Organisation
WUVR	West-Ukrainische Volksrepublik
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht